

Wahl ohne Entscheidung

VON JOSEF JOFFE

Es war wieder eine „Schicksalswahl“; wieder hat sie nichts entschieden. Die potentiellen Regierungsparteien zur Linken (48 Sitze) und das rechte Lager (46 Sitze) liegen etwa gleichauf; keiner kann auf sich allein gestellt die Regierung in Jerusalem bilden, wozu mindestens 61 Sitze vonnöten sind. „Gewonnen“ haben diese Wahl bloß die Meinungsexperten, die seit Wochen genau das jetzt besiegelte Patt vorausgesagt haben.

Getäuscht haben sich vorweg all jene, die von dieser Wahl ein Mandat für die künftige Außenpolitik Israels erwartet haben. Obwohl die Außenpolitik – der Friedensprozeß und die Palästinenser – Wahlkampfthema Nummer eins war, ist des Volkes Stimme stumm geblieben. Genauer: Das Volk hat wieder mit zwei gleichlauten Stimmen gesprochen, indem es beiden Kräften etwa das gleiche parlamentarische Gewicht verlieh. Das linke, konzessionsbereitere Lager hat nicht dazugewonnen, selbst wenn man die Kommunisten und die PLO-freundliche „Friedensliste“ dazuzählt, die beide nicht regierungsfähig sind. Und Schimon Peres' Arbeiterpartei plus Verbündete werden drei Sitze weniger in der Knesset haben als in der abgelaufenen Legislaturperiode: 48 Mandate anstelle von 51. Hat das rechte Lager eine reichere Ernte einfahren können – zumal im Schatten des blutigen Terroranschlages auf einen Zivil-Bus bei Jericho am Sonntag? Nein: Jitzchak Schamirs Likud und dessen Satellitenparteien haben ebenfalls drei Sitze verloren; ihre parlamentarische Potenz hat sich von 49 auf 46 Mandate reduziert.

Zugelegt haben allein die Religiösen: Ihr Anteil ist von 12 auf 18 Sitze angeschwollen. Doch läßt sich von diesem 50-Prozent-Sprung kaum eine außenpolitische Botschaft ableiten. Die Religiösen haben vor allem Religiöses im Sinn: Ihr Machtanspruch konzentriert sich grundsätzlich auf die Innenpolitik; sie wollen dem Säkularstaat Israel einen orthodoxen Anstrich verpassen. Die Uralt-Frage „Wer ist Jude?“ soll allein das Rabbinat entscheiden; ob gläubige Mädchen in der Armee dienen müssen, sei nicht des Staates Sache.

Auf jeden Fall hatten die Religiösen nie Probleme, mal mit rechts, mal mit links zu koalitionieren, solange sie mit ihren zehn (jetzt sind es 15) Prozent der Parlamentssitze mehr für die Klerikalen herauschinden konnten. Sind die Israeli, dem Trend in ihrer nächstlichen Nachbarschaft folgend, „fundamentalistischer“ geworden? Vielleicht, obwohl immerhin 85 Prozent der Bevölkerung für die weltlichen Par-

teien gestimmt haben. Mindestens genauso plausibel ist deshalb eine andere Lesart: Gerade weil die Wechselwähler sich nicht für diese oder jene Außenpolitik, für Schamir oder Peres, entscheiden wollten, sind sie bequemerweise ins dritte Lager, also zu den Religiösen, ausgewichen.

Der Wahlausgang hat lediglich bestätigt, daß der israelisch-arabische Konflikt „internationalisiert“ worden ist. Der äußere Konflikt, also zwischen den Staaten, ist weitgehend einem Quasi-Frieden gewichen: Jordanien lebt in stabiler Koexistenz mit Israel, Ägypten gar im vertraglichen Frieden. Ohne Kairo hat der Möchtegern-Revanchist Syrien keine Kriegsoption gegen Israel, das zudem noch in jedem Krieg seine militärische Überlegenheit selbst gegen Rundum-Koalitionen bewiesen hat. Die arabischen Staaten mögen mit den Zähnen knirschen, aber sie wissen, daß sie mit Israel leben müssen.

Dafür ist der eigentliche Konflikt nach innen verlagert worden. Das parlamentarische Patt zeugt von gleichgroßen Blöcken, die sich in der Frage territorialer Konzessionen ineinander verkeilt haben. Es bewegt sich nichts – weder zugunsten des Likud, der vom ganzen Eretz Israel träumt, noch zugunsten der Arbeiterpartei, die dem grausamen Dilemma zu entfliehen versucht, indem sie einer internationalen Friedenskonferenz das Wort redet. Bei den Palästinensern, ist seit Jahren ebenfalls eine Blockade zu beobachten: Die PLO ist offenbar unfähig, sich zwischen Polit-Theater und Politik zu entscheiden, zwischen dem Traum vom ganzen Falastin bis zum Mittelmeer und einer „kleinpalästinensischen Lösung“ im Verbund mit Jordanien.

Derlei innere Blockaden aufzuheben, ist vielfach schwieriger als das diplomatische *Do ut des* („Gebe, auf daß dir gegeben wird“), das zwischen Kairo und Jerusalem funktioniert hat. Auch kann eine internationale Konferenz wenig ausrichten, ehe die Israeli und die Palästinenser den ersten Schritt untereinander vollzogen haben: die gegenseitige Anerkennung ihrer Rechte und Ängste. Und doch gibt es einen faszinierenden Fingerzeig, der sich in der Wahlstatistik noch nicht offenbart hat: In einer Meinungsumfrage vom Spätsommer votierten 85 Prozent aller Israeli für schwergewichtige Konzessionen zugunsten des Friedens – inklusive eines Teiler oder Totalrückzuges; 60 Prozent waren für Direkt-Verhandlungen mit palästinensischen Vertretern.

Doch sind diese Gesprächspartner noch nicht aus den Kulissen hervorgetreten. Bislang gibt es nur zwei altvertraute Signale: den „wahlgerechten“ Terror wie am Sonntag und das verlockende Gerücht. Am 12. November, so heißt es, werde der PLO-Nationalrat in Algier die Unabhängigkeit ausrufen, dem Terrorismus abschwören und gar Israel anerkennen. Freilich hat die PLO soviel Realismus noch nie bewiesen; die Entscheidung in Algier wird wohl so ausfallen wie die in Israel: weder Ja noch Nein zum Frieden. Peres, Schamir, Arafat – noch ist keiner von ihnen fähig zum Handeln, geschweige denn zum großen Wurf.